

Herrn
Pfarrer Dr. Antonius Hamers
Leiter des Katholischen Büros
Friedrichstraße 80

40217 Düsseldorf

- per Mail -

Bonn, den 20. Januar 2016

Stellungnahme der KED in NRW zur Familieninitiative des Kath. Büros betreffend die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik NRW“

Als Elternverband, der sich intensiv mit Bildungsfragen und vor allem dem Bereich Schule befasst, liegt uns die Erziehungspartnerschaft zwischen Bildungseinrichtung und Elternhaus am Herzen. Wir erwarten im Interesse unserer Kinder und zur Unterstützung bei der Wahrnehmung unserer Erziehungsverantwortung in der Familie eine möglichst große Sicherheit und Verlässlichkeit sowie Planbarkeit. Dabei sind für uns folgende Aspekte von zentraler Bedeutung:

1. Dies gilt in erster Linie im Hinblick auf die Bildungsoptionen: Häufige Wechsel von Schulorganisationsformen (z.B. Länge der gymnasialen Laufbahn, gemischte Eingangsklassen in der Primarstufe, Umwandlung des „dreigliedrigen“ Schulsystems in eine Vielzahl neuer bei Wegfall bewährter Schularten) und von Methoden (Ausgangsschriften, Rechtschreibmethoden, Unterrichtsformen und Benotungsgrundlagen) verunsichern alle Beteiligten. Denn dies führt häufig zu Irritationen und dadurch bedingt in Einzelfällen immer wieder zu Fehlentscheidungen.
2. Ebenfalls sollte die Einschulungsentscheidung wieder flexibler gehandhabt werden. Denn aus Rückmeldungen von betroffenen Eltern wissen wir, dass zur Zeit die Stichtagsregelung in NRW in den Gesprächen zwischen den Eltern sehr präsent ist und kritisch von vielen Eltern, besonders mit betroffenen Kindern, hinterfragt wird. Entscheidend ist, was für das Kind das Passende ist. Problematisch erscheint die Situation vor allem für die Kinder, die rund um den "Stichtag" geboren sind. Wenn schon ein Stichtag, warum dann nicht der 1.8., passend zum Beginn des Schul- und Kindergartenjahres? Aber grundsätzlich passt eine – vor allem sehr enge und konsequente - "Stichtagsregelung" nicht zu "Individualität". Darum sollte bei einer Flexibilisierung der Stichtagsregelung durch die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung - die es ja schon gibt –, aber besonders auch bei einer Rückstellung stärker der Elternwille maßgeblich sein, damit dieser wieder mehr Gewicht erhält sowie eine Gleichbehandlung der Kinder bzw. der Eltern hergestellt wird. Das Ziel muss es also sein, das Kind individuell zu beschulen! In der Realität (trotz allen guten Willens des betroffenen Personals) kommt es dabei oft zu Schwierigkeiten: siehe Stichtagsregelung, zu große Klassen, fehlende Kooperation zwischen Eltern und Schule im Einschulungsgesetz, schlechter Personalschlüssel in den Kindergärten etc. Die Auswirkungen zeigen sich heute z. B. in einer Studie zu ADHS-Diagnosen in Abhängigkeit vom Einschulungsalter. (s. "Schule heute" 10/15, VBE, S. 18/19).
3. Ganz besonders deutlich wird dieser Zusammenhang im Hinblick auf die (oft zu) frühe Einschulung einerseits und die verkürzte Zeit bis zum Abitur andererseits. Die Abiturienten werden immer jünger, der Übergang an die Universitäten kann aber nicht adäquat gestaltet werden.
4. Ein wichtiges Elternanliegen ist der Wunsch nach **flexibler** Betreuung an Nachmittagen. Die OGS bietet hier oft ein starres System, das, auch wenn es sich nicht um gebundenen Unterricht handelt, die Kinder einheitlich erst nach 16 Uhr entlässt. Zahlreiche Elterninitiativen („Ümis“) zeigen, dass die Eltern ihre Kinder gern früher zuhause haben, um mit ihnen einen größeren Teil des Tages zu verbringen, bzw. auch, um außerschulische Angebote wie Instrumentalunterricht oder auch kirchliche Angebote nutzen zu können.
Für die Kinder, die den gesamten Tag (bis zum späten Nachmittag) in der Schule verbringen, sollte ein niederschwelliges aber dennoch vielfältiges und hochwertiges Programm angeboten werden, dazu müssen Kooperationspartner wie die Musikschulen, Sportvereine und freie Träger eingebunden werden. Eine bedarfsgerechte Hausaufgabenbegleitung im Rahmen der Nachmittagsbetreuung trägt wesentlich zur Bildungsgerechtigkeit bei.

5. Bei Schulbeginn hingegen ist es für viele Familien wichtig, dass die Kinder in einer Zeitspanne vor acht Uhr in die Schule kommen können („offener Anfang“).
6. In den weiterführenden Schulen wird zu Recht über häufige Wechsel der Langtage, manchmal sogar im laufenden Schuljahr geklagt. Verlässlichkeit diesbezüglich würde die Gestaltung der anderen Nachmittage und besonders der ergänzenden Betreuungsmaßnahmen vor allem für jüngere Schülerinnen und Schüler deutlich erleichtern und die Elternarbeit ebenfalls hilfreich unterstützen.
7. Ein kritischer und sicherlich auch schwierig zu planender Punkt sind in vielen Fällen die Ferienbetreuungsangebote für Grundschul Kinder und für die jüngeren Jahrgänge der weiterführenden Schulen. Ganz besonders gilt dies für diejenigen, die sich im Übergang von Kindergarten zu Schule oder zwischen zwei Schulformen befinden. Berufstätige Eltern sind häufig gezwungen, den Urlaub wechselnd zu nehmen, was gemeinsame Urlaubszeit dann erschwert oder unmöglich macht.

Grundsätzlich ist eine stärkere Einbindung von Personen des gesamten familiären Umfelds in den Schulalltag (z.B. bei Lesepatenschaften, Schulwegbegleitung...) und in den Nachmittag (hier auch Kirchen mit Angeboten der offenen Jugendarbeit) zu begrüßen und zu unterstützen. Häufig wird dies durch bürokratische Hürden jedoch erschwert oder unmöglich gemacht (polizeiliches Führungszeugnis, Gesundheitszeugnis, Forderung nach pädagogischer Ausbildung usw.). Bei diesen sicherlich Qualität sichernden Maßnahmen ist Angemessenheit, Augenmaß und eine Einzelfallbetrachtung, die Flexibilität ermöglicht, anzuraten.

Ehrenamtler können auch in die Begleitung von Familien eingebunden werden, die dabei Hilfe benötigen: besonders den neu hinzukommenden ausländischen Kindern, aber auch anderen, etwa aus bildungsfernen Schichten, würde dadurch das Zurechtkommen im deutschen Schulsystem erleichtert und die Integration gestärkt. Die bereits praktizierte Begleitung weniger durch pädagogisches und psychologisches Fachpersonal sollte aber dennoch beibehalten bzw. bedarfsgerecht verstärkt werden.

Dr. Herbert Heermann
Vorsitzender KED in NRW